

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 715

der Abgeordneten Tina Fischer (SPD-Fraktion) und Erik Stohn (SPD-Fraktion)

Drucksache 7/1852

### **Juristischer Nachwuchs in Brandenburg**

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin der Justiz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Fragesteller: In der öffentlichen Verwaltung wie in der Justiz gibt es in den kommenden Jahren jedes Jahr erhebliche Altersabgänge. Auch in der Privatwirtschaft sowie der Rechtspflege in ihrer Gesamtheit ist das der Fall. Die Ausbildung von Juristinnen und Juristen mit Befähigung zum Richteramt erfolgt in Deutschland ausschließlich durch die Bundesländer. Diese bilden hierbei den juristischen Nachwuchs sowohl für den eigenen Bedarf als auch für die übrige öffentliche Verwaltung, die Privatwirtschaft und die Anwaltschaft aus. In vielen Bundesländern wurden über die Jahre die Ausbildungskapazitäten reduziert. Aufgrund der erheblichen Altersabgänge ist zu befürchten, dass die Ausbildungskapazitäten nicht mehr ausreichend sind. In Brandenburg bestimmt sich die Ausbildungskapazität nach § 3 der Verordnung über die Ausbildungskapazität und das Vergabeverfahren für den Juristischen Vorbereitungsdienst im Land Brandenburg (Juristische Kapazitätsverordnung - JurVDKpV) und wird nach § 4 jährlich neu festgesetzt.

Frage 1: Wie hoch war die Ausbildungskapazität im juristischen Vorbereitungsdienst im Land Brandenburg im Jahr 2019 (nach Gerichtsbezirken)?

Zu Frage 1: Die Ausbildungskapazität im juristischen Vorbereitungsdienst im Land Brandenburg stellt sich für das Jahr 2019 (nach Landgerichtsbezirken) wie folgt dar:

Potsdam:	64
Neuruppin:	24
Frankfurt (O.):	32
Cottbus:	32
Gesamt:	152

Frage 2: Wie hat sie sich seit 2010 entwickelt?

Zu Frage 2: Die Entwicklung der Ausbildungskapazität seit dem Jahr 2010 ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr	Anzahl der in die Ausbildung aufgenommenen Referendarinnen und Referendare
2010	131
2011	157
2012	137
2013	157
2014	151
2015	159
2016	160
2017	160
2018	150
2019	152

Frage 3: Wie ist die Prognose für das Jahr 2020 und 2021?

Zu Frage 3: Für das Jahr 2020 stellt sich - unter Einbeziehung der im November 2020 erfolgenden vierten Einstellungsrunde - die Prognose (nach Landgerichtsbezirken) wie folgt dar:

Potsdam:	50 Plätze
Neuruppin:	26 Plätze
Frankfurt (Oder):	32 Plätze
Cottbus:	32 Plätze
Gesamt:	140 Plätze

Das leichte Absinken der Ausbildungskapazitäten stellt ein vorübergehendes Phänomen dar. Die Anzahl der bei der Kapazitätsabfrage zu berücksichtigenden Richterinnen und Richter wird in Folge des Personalzuwachses in der ordentlichen Gerichtsbarkeit ansteigen und damit auch die Ausbildungskapazitäten. Eine Einschätzung für das Jahr 2021 kann derzeit noch nicht getroffen werden, da die Kapazitätsabfrage bei den Landgerichten erst mit Beginn des Einstellungsverfahrens für Februar 2021 im Oktober 2020 erfolgt.

Frage 4: Wie viele Personen absolvierten den juristischen Vorbereitungsdienst im Land Brandenburg im Jahr 2019 erfolgreich?

Zu Frage 4: 150 Referendarinnen und Referendare des Landes Brandenburg haben im Jahr 2019 beim Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg die Zweite Juristische Staatsprüfung bestanden.

Frage 5: Wie hoch ist die Zahl der jährlichen Altersabgänge in der brandenburgischen Justiz im Bereich des höheren Dienstes (Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte) bis zum Jahr 2030?

Zu Frage 5:

Jahr	Altersabgänge richterlicher / staatsanwaltlicher Dienst
2020	29
2021	17
2022	23
2023	34
2024	42
2025	44
2026	45
2027	55
2028	55
2029	60
2030	52

Frage 6: Wie hoch schätzt die Landesregierung den jährlichen Einstellungsbedarf an Volljuristinnen und Volljuristen für die übrige Landesverwaltung bis 2025 ein?

Zu Frage 6: Auf Basis der gegebenen Verhältnisse und der vorhersehbaren Altersabgänge wird der jährliche Einstellungsbedarf der Staatskanzlei und der neun Fachministerien bis zum Jahr 2025 zwischen 25 und 35 liegen. Dabei ist zu beachten, dass der Bedarf ggfls. geringer sein kann, weil mitunter nicht alle freiwerdenden Stellen erneut mit Volljuristinnen und Volljuristen zu besetzen sind.

Weitergehende Erkenntnisse bezüglich der übrigen Landesverwaltung liegen nicht vor.

Frage 7: Wie hoch schätzt die Landesregierung den jährlichen Bedarf der übrigen Rechtspflege (Anwaltschaft, Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung) im Land Brandenburg ein?

Zu Frage 7: Laut Angaben der Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg wäre ein jährlicher Zugang von 120 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten wünschenswert. Dieser Bedarf kann aufgrund der Nähe zu Berlin zumindest teilweise auch mit Absolventinnen und Absolventen des dortigen juristischen Vorbereitungsdienstes gedeckt werden.

Angesichts der geringen Anzahl an Juristinnen und Juristen unter den Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfern sowie Steuerberaterinnen und Steuerberatern im Land Brandenburg lässt sich in diesen Berufsgruppen kein nennenswerter jährlicher Bedarf an Volljuristinnen und Volljuristen prognostizieren.

Frage 8: Wie hoch schätzt die Landesregierung den jährlichen Einstellungsbedarf der Kommunen im Land Brandenburg ein?

Zu Frage 8: Es liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.